Nr. 163

DAS ROTE TUCH

17. März 2023
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Streik ist die richtige Antwort auf die steigenden Preise!

500 Euro mehr Lohn im Monat: Für diese Forderung legen seit Wochen immer wieder hunderttausende Arbeitende der Müllabfuhr, der Verkehrsbetriebe, der städtischen Krankenhäuser, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen in ganz Deutschland für mehrere Tage die Arbeit nieder.

Sie weigern sich länger hinzunehmen, dass sie immer härter arbeiten müssen, mit immer weniger Personal – für Löhne, die viel weniger wert sind als noch vor zwei Jahren. Sie kämpfen für eine Lohnerhöhung, die die gestiegenen Preise ausgleicht.

Ihre Forderung könnte die von uns allen sein! Uns allen zerrinnt unser Lohn, unsere Rente, unsere Sozialleistungen zwischen den Fingern. 500 Euro mehr im Monat braucht fast jeder von uns, um die Preissteigerungen auszugleichen.
Allein deshalb ist der Kampf der Arbeitenden im Öffentlichen Dienst unser aller Kampf. Und warum nicht sogar eine Gelegenheit, sich ihnen anzuschließen?

Die deutschen Konzerne haben 2022 erneut Rekordgewinne eingefahren. Kein Wunder: Die hunderte Euro, die wir mehr für Energie, Nahrung, Miete, Auto und gestiegene Kredit-Zinsen bezahlen, verschwinden schließlich nicht. Sie landen in den Taschen von RWE, Lidl, Daimler, Vonovia oder der Deutschen Bank – von denen viele ihre Milliardengewinne sogar verdoppelt haben!

Und von den Konten der Konzerne wandern diese Milliarden direkt in die nächste Börsen-Spekulation oder auf die Konten der Aktionäre. 55 Milliarden Euro Dividende schenken ihnen die 40 DAX-Konzerne dieses Jahr: 60% mehr als noch vor zwei Jahren! Während wir Arbeitenden gleichzeitig spürbar ärmer geworden sind.

Die Preissteigerungen sind eine gigantische Umverteilung zugunsten der Konzerne und der Reichsten der Reichen – auf Kosten der gesamten einfachen Bevölkerung.

Die herrschende Klasse weiß, dass diese parasitäre Profitgier Folgen für ihre eigene Wirtschaft hat. Denn wenn sie uns alle ärmer machen, können wir weniger kaufen – und sie weniger verkaufen.
Doch die Antwort der Konzerne besteht darin, dass sie schon vorsorglich Stellen abbauen, Anlagen schließen, bei Subfirmen sparen und Kleinbetriebe in den Ruin treiben. Sprich: Sie sichern trotz sinkender Nachfrage ihre Gewinne, indem sie einem Teil von uns auch noch Arbeitsplatz und Existenz rauben.

Und indem sie sich von der Regierung mit immer neuen Milliarden-„Hilfen“ überschütten lassen. Gerade erst hat diese verkündet, der Industrie als nächstes einen billigen Strompreis subventionieren zu wollen – während die einfache Bevölkerung natürlich weiter den hohen Strompreis zahlen soll.
Und dann erklären dieselben Regierenden den Streikenden im Öffentlichen Dienst, dass für einen Inflationsausgleich der Löhne „kein Geld“ da sei. Im Gegenteil, sie wollen in der Tarifrunde ernsthaft durchsetzen, dass die städtischen Krankenhäuser wegen „Geldmangel“... die Löhne sogar senken dürfen!

In Krisenzeiten wie heute wird noch deutlicher: Es gibt keinen „guten Kompromiss“ zwischen den Interessen der Kapitalisten und den unseren. Mehr denn je heißt es: Sie – oder wir.
Und wir Arbeitenden verfügen durchaus über eine mächtige Waffe, um für unsere Interessen zu kämpfen: unsere zentrale Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Streikenden heute erinnern daran: Wenn sie nicht arbeiten, fährt kein Bus, wird kein Müll abgeholt, keine Schule geputzt. Und in den anderen Branchen ist es genauso: Ohne uns wird kein Auto hergestellt, werden keine Lebensmittel verkauft oder Pakete transportiert. Dass wir die Wirtschaft am Laufen halten – und damit auch anhalten können – ist eine Macht, der wir uns oft selbst nicht bewusst sind.

Bei der Post hat es schon gereicht, dass 86% für einen unbefristeten Streik gestimmt haben. Prompt hat der Post-Vorstand (der noch kurz vorher arrogant erklärt hatte, dass es doch nicht sein Problem sei, wenn die Beschäftigten höhere Ausgaben hätte) deutlich mehr Lohnerhöhung angeboten: 340 Euro mehr pro Monat im nächsten Jahr – und für dieses Jahr zwar nur Einmalzahlungen, allerdings knapp 3.000 Euro.

Allerdings hatten die zehntausenden, in den Streiks aktiven Post-Arbeiter*innen nicht die Möglichkeit, sich in den Betrieben zu versammeln und gemeinsam über das Angebot zu beraten. Eine kleine Gruppe Gewerkschaftsfunktionäre hat entschieden und öffentlich verkündet, dass das Angebot gut sei und nicht gestreikt werde – worüber später nur noch pro forma abgestimmt wird.

Wieso aber sollte eine kleine Minderheit das Recht haben, über die Köpfe von zehntausenden Streikenden hinweg zu entscheiden? In unserem ganzen Leben entscheiden ständig andere über uns: Chefs, Aktionäre, Politiker…. In unseren eigenen Kämpfen wollen wir Arbeitenden uns nicht bevormunden lassen!

Wenn wir über unsere Streiks selber entscheiden, gewinnen wir noch viel mehr als das materielle Ergebnis. Wir gewinnen wichtige Erfahrungen, wie wir uns organisieren, die Lage einschätzen und kämpfen können. Und vor allem machen wir die Erfahrung, dass wir Arbeitenden gemeinschaftlich sehr wohl über alle Fragen unserer Kämpfe selber entscheiden können – besser als jeder andere.

Und nicht nur unserer Kämpfe. Letztlich können wir Arbeitenden auch die Betriebe und die gesamte Gesellschaft am besten leiten. Schon deshalb, weil wir eben nicht nach der kapitalistischen Profitlogik handeln müssen.

Gerade angesichts der bedrohlichen Entwicklung des Kapitalismus gibt es nichts Wichtigeres, als dass wir dieses Selbstbewusstsein wiedergewinnen.

Banken-Pleiten: Der Kapitalismus treibt uns immer tiefer in die Krise

Seit dem 10. März sind zwei Banken in den USA Pleite gegangen. Nur wenige Tage später war auch die Schweizer Bank Crédit Suisse zahlungsunfähig – eine der 30 wichtigsten Banken der Welt.
An den Börsen stürzten daraufhin die Aktienkurse ein, aus Sorge vor einer neuen Banken-Krise wie 2008.

Hektisch versuchen die Regierungen, die Lage zu beruhigen. Die Schweizer Zentralbank blätterte über 50 Milliarden Franken auf den Tisch, um Crédit Suisse vor dem Konkurs zu bewahren. Auch die Zentralbanken der USA und der EU haben sofort erklärt, dass sie jede Bank, die in Not gerät, selbstverständlich retten werden. In den USA mussten seitdem bereits mehrere US-Banken diese Hilfe in Anspruch nehmen: 165 Milliarden Dollar-Krisenhilfe haben sie in nur einer Woche von der US-Zentralbank bekommen.

Gleichzeitig wiederholen alle Regierungen wie ein Mantra, dass alles nicht so schlimm sei, dass es keine neue Bankenkrise geben werde. Doch allein die Tatsache, dass sie es ständig wiederholen müssen zeigt, wie unsicher sie sind. Denn sie wissen, auf was für wackeligen Beinen ihre gesamte Wirtschaft steht.

2008 hatte bereits die Pleite einer Bank (Lehman Brothers) zu einer Panik in der Banken-Welt geführt, die fast die gesamte Wirtschaft zeitweilig zum Stillstand brachte. Hunderttausende kleine Firmen gingen Bankrott, Millionen Menschen stürzten in Arbeitslosigkeit und Armut. Die Regierungen konnten die Krise nur eindämmen, indem sie den Banken unbegrenzt zinslose Kredite gewährten und damit zusicherten, dass sie sie um jeden Preis retten werden.

Die gigantischen Schulden, die alle Staaten zur Rettung der Banken machten, bezahlt die einfache Bevölkerung bis heute. Sie sind ein wesentlicher Grund für die ständigen Sparmaßnahmen, für die maroden Krankenhäuser, Schulen und Infrastruktur selbst in den reichsten Ländern.

Die kurzfristige Rettung hat die Wirtschaft noch maroder gemacht – und noch instabiler. Denn mit den unbegrenzten Mengen Geld, die sich die Banken seitdem zu null Prozent Zinsen leihen können, haben sie vor allem spekuliert und dadurch immer wieder Krisen ausgelöst. In den letzten zwei Jahren haben sie obendrein maßlos auf Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel spekuliert – was ein Hauptgrund für die explodierenden Preise ist.

Mittlerweile ist die Inflation zu einer ernsten Bedrohung für die gesamte Wirtschaft geworden. Die Regierungen versuchen sie einzudämmen, indem sie zum ersten Mal seit 2008 wieder die Zinsen erhöhen. Und genau das hat jetzt die Banken-Pleiten ausgelöst.

Die Silicon Valley Bank (SVB) zum Beispiel hatte vor allem Tech-Unternehmen als Kunden, darunter viele Start-ups. Wegen der Inflation, der sinkenden Nachfrage und steigenden Zinsen mussten viele dieser Firmen nun auf ihre Rücklagen zurückgreifen: Sie wollten das Geld abheben, das sie bei der SVB angelegt hatten.
Um diese großen Geldmengen auszahlen zu können, musste die SVB ihrerseits Wertpapiere verkaufen, die aber durch die gestiegenen Zinsen weniger wert waren als früher. Und das hat sie in kürzester Zeit in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Bei den anderen betroffenen Banken war es ähnlich.

Die Regierungen wissen selber nicht mehr, was sie in dieser Lage tun sollen. Sie sind hin- und hergerissen zwischen dem Versuch, einerseits die Inflation zu bekämpfen und andererseits eine neue Finanzkrise zu verhindern. Egal was sie versuchen, es könnte die Krise verschlimmern.
Denn auch wenn die Regierungen von Staaten wie den USA oder auch Deutschland so mächtig scheinen: Keine beherrscht in Wahrheit diese anarchische Wirtschaftsordnung, in der jeder Kapitalist letztlich macht, was er will. Wie der Zauberlehrling stehen sie vor den entfesselten Kräften einer Wirtschaft in der Dauerkrise, die sie nicht bändigen können.

Nur eins ist sicher. In jedem Fall wird die erneute Verschärfung der Krise (die sich in den letzten drei Jahren schon so stark verschlimmert hat) der arbeitenden Bevölkerung weltweit noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Armut, noch mehr Leid bringen. Und in jedem Fall wird die Verschärfung der Krise auch den internationalen Konkurrenzkampf in der Wirtschaft und damit auch die Kriegsgefahr zwischen den großen Wirtschaftsmächten weiter verschärfen, angefangen bei den USA und China.

Der Preis, den die Menschheit für ein System bezahlt, das nur noch von einer Krise in die nächste rauscht, ist viel zu hoch!

Wenn wir die Banken und Konzerne schon ständig mit unseren Milliarden retten, können wir sie auch gleich in gesellschaftliches Eigentum überführen – und eine Gesellschaftsordnung errichten, in der die Entscheidungen nicht mehr nach dem individuellen Profit einiger Kapitalisten, sondern geplant unter der Kontrolle und für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung erfolgen.

Mehr Hungertote – mitten im 21. Jahrhundert

Alle vier Sekunden verhungert auf der Welt ein Mensch. Und über 800 Millionen Menschen müssen täglich hungern. Das sind doppelt so viele wie noch 2019!

Wir sind im Jahr 2023. Die Menschheit hatte noch nie so viele technische Möglichkeiten, um alle Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen, ja ihnen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Doch Klimakrise, Kriege, Spekulationen auf Lebensmittel – all diese Folgen des irrationalen und kaputten Wirtschaftssystems – rauben immer mehr Menschen die Nahrung, wenn nicht gar das Leben.

Frankreich: Was die Regierung macht, kann die Straße rückgängig machen

Seit Wochen haben in Frankreich insgesamt über zwei Millionen Menschen gestreikt und demonstriert. Sie kämpfen gegen die Regierung, die das Rentenalter von 62 auf 64 (mit 43 Beitragsjahren) anheben und weitere Verschlechterungen bei Rente einführen will.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und 90% der Lohnabhängigen unterstützen die Streiks und Proteste. Dies hat dazu geführt, dass eine Reihe Abgeordnete, auch der konservativen Opposition, die diesen Angriff auf die Arbeitenden eigentlich richtig finden, lieber nicht zustimmen wollten. Die Regierung hatte damit keine Mehrheit mehr für ihr Gesetz und hat entschieden, es einfach ohne Parlamentsabstimmung einzuführen – per Ausnahme-Dekret.

Ja, Staaten wie Frankreich oder Deutschland brüsten sich gerne damit, wie demokratisch sie sind. Doch wenn sie oder ihre Kapitalisten um jeden Preis eine Verschlechterung gegen die Arbeiterklasse durchsetzen wollen, dann ist es selbst mit der (ohnehin eingeschränkten) parlamentarischen Demokratie schnell vorbei.

Die französische Regierung und die Kapitalisten haben damit allerdings noch nicht gewonnen. Die Streiks und Demonstrationen gehen weiter. Vielleicht wird der Protest durch die Vorgehensweise der Regierung, die viele als Provokation empfinden, noch massiver und entschlossener. So könnte am Ende die Straße das, was die Regierung gemacht hat, wieder rückgängig machen. Denn anders als die Regierung vertritt die kämpfende Arbeiterklasse tatsächlich die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Chemieindustrie: Wir bezahlen uns die Fabriken selber

BASF und Evonik wollen demnächst neue Produktionsanlagen in den USA bauen lassen. Denn als eine Folge der wachsenden Konkurrenz zwischen den reichen Industriestaaten winken ihnen in den USA saftige Subventionen. Evonik zum Bespiel bekommt für den Bau einer 220 Millionen Dollar teuren Anlage 150 Millionen von der US-Regierung zurück – sprich von den Steuergeldern der Arbeitenden in den USA.

In Deutschland nutzen die Konzernbosse die Steuergeschenke der amerikanischen Regierung nun, um die deutsche Regierung (und letztlich auch die Beschäftigten) weiter unter Druck zu setzen. Nach dem Motto „Wir gehen dahin, wo die Geschenke am größten sind."

Doch warum sollen wir uns erpressen lassen? Wir Arbeitenden sind es, die die Fabriken bauen, sie am Laufen halten und die Produkte verteilen und verkaufen. Und selbst die Investitionen in neue Betriebe übernehmen wir indirekt. Die Bosse können also gerne gehen. Die Betriebe laufen ohne sie ohnehin besser.

Wer schließt die meisten Krankenhäuser?

Die Krankenhaus-Reform, die SPD-Gesundheitsminister Lauterbach gerade plant, ist ein regelrechter Kahlschlag. Wenn diese Pläne durchkommen, könnten in NRW in den nächsten Jahren die Zahl der Kliniken mit Notaufnahme von 270 auf 80 sinken, über die Hälfte der Geburtenkliniken und überhaupt reihenweise Krankenhäuser schließen.

Die ganze Reform ist eine riesige Sparmaßnahme, die obendrein die verbleibenden (nicht selten privaten) Spezialkliniken mit noch mehr Patienten überfrachten und dadurch profitabler machen soll. Und Lauterbach besitzt noch die Frechheit zu behaupten, all dies geschehe zum Wohl der Patienten und Beschäftigten.

Die Beschäftigten der kommunalen Krankenhäuser, die in den letzten Tagen für höhere Löhne gestreikt haben, haben auf ihren Kundgebungen sehr deutlich gemacht, was sie davon halten.

* * * *

Die NRW-Landesregierung (CDU, FDP) wettert ebenfalls gegen Lauterbachs Krankenhausreform. Doch nicht etwa, weil sie ein Problem mit dem Kahlschlag hätte. Es ist nur so, dass die Landesregierung im letzten Jahr bereits eine eigene Reform entwickelt hat, nach der in NRW ebenfalls jedes dritte Krankenhaus schließen soll. Sprich: Die Parteien wetteifern einzig darum, wer den besseren Plan... zur Schließung möglichst vieler Krankenhäuser hat.
Wenn wir diese massive Verschlechterung verhindern wollen, werden wir selber etwas unternehmen müssen.

Der Tod ist das beste Geschäft

Der Rheinmetall-Konzern will jetzt eine Panzer-Fabrik direkt in der Ukraine bauen. Freudig hat der Konzern-Sprecher verkündet, dass es dort „vielversprechende" Aussichten gäbe.

Was den Rüstungskonzern so optimistisch und freudig stimmt?

Der fürchterliche Abnutzungskrieg, in dem die ukrainische und die russische Armee wie gerade in Bachmut tagelang um jede Straße und jeden Zentimeter kämpfen, wo ein Ort erobert, wieder verloren, wieder zurückerobert und wieder verloren wird – dieser Krieg droht noch lange weiterzugehen.

Doch was für die Zivilbevölkerung und auch die Soldaten weitere Jahre unendlichen Leidens bedeuten, sind für den Rheinmetall-Konzern „vielversprechende" Gewinn-Aussichten.

* * * * *

Eine Warnung an uns alle

Folgerichtig wird Rheinmetall jetzt auch in die Reihen der DAX-Konzerne – also der 40 wichtigsten deutschen Konzerne – aufgenommen.
Sprich: Waffenherstellung ist zu einem der wichtigsten Industriezweige in Deutschland geworden.

Ein Symbol dafür, in welch gefährliche Richtung sich die Gesellschaft heute entwickelt.

Galeria: Die Aktionäre sind reich

Dutzende Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof sollen geschlossen und weit über 4.000 Leute entlassen werden. Für viele von ihnen bedeutet das den Absturz in die Armut – ganz besonders für all diejenigen, die bereits 50 oder 60 Jahre alt sind.

Offiziell ist Galeria Pleite. Doch der Mutter-Konzern (die Signa-Gruppe) macht Gewinne in Milliarden-Höhe. Letztes Jahr hatte Signa sogar 4 Milliarden Euro übrig, um noch ein Unternehmen aufzukaufen und seinen Aktionären großzügige Dividenden zu zahlen. Allein von diesem Geld hätte man allen Arbeiter*innen, die jetzt entlassen werden, 15 Jahre lang den Lohn weiterzahlen können!

Auch wenn die Filialen geschlossen werden, müsste also kein Galeria-Beschäftigter in Unsicherheit und Armut leben. Signa hat genug Geld. Es muss für die Beschäftigten genutzt werden, die den Laden jahrzehntelang am Laufen gehalten haben!

Griechische Eisenbahn: „Unsere Toten, eure Profite“

Seit dem Zugunglück mit 57 Toten haben die Eisenbahner und andere Arbeitende in Griechenland mehrfach gestreikt – unterstützt von zehntausenden Demonstranten in den großen Städten. Wütend fordern sie ein Ende der Politik, mit der die griechische Eisenbahn in den letzten Jahren kaputtgespart, privatisiert und auf Profit ausgerichtet wurde – mit tödlichen Folgen!

Am 28. Februar sind ein Schnell- und ein Güterzug frontal aufeinandergeprallt. Auf dieser wichtigen Strecke zwischen Athen und Thessaloniki gibt es kein automatisches Bremssystem, nicht einmal die Signale funktionieren richtig. Der Fahrdienstleiter muss jedem Lokführer mündlich durchgeben, wer wie fahren darf. Man kann sich ausmalen, wie schnell einem da ein Fehler unterlaufen kann!

Die Verantwortung für diese katastrophalen Zustände trägt die griechische Regierung, doch mehr noch die EU und der Internationale Währungsfonds. Die hatten nach der Schuldenkrise 2011 von Griechenland verlangt, den gesamten Öffentlichen Dienst (Bahn, Krankenhäuser, Schulen...) radikal zusammenzusparen oder an profitgierige Privatkonzerne zu verkaufen – um von diesem Geld die Schulden bei den Banken zu bezahlen. Heute sieht man das Ergebnis dieser mörderischen Politik, die unsere Regierung zynisch als „Griechenland-Hilfe“ bezeichnet.

Erdbeben: Sie tun alles, um... nicht zu helfen

Die deutsche Regierung hatte versprochen, dass man ganz einfach und unbürokratisch seine Verwandten aus dem Erdbebengebiet in der Türkei und Syrien für 90 Tage zu sich holen könnte. Von wegen! Es fängt schon mit der unmenschlichen Regel an, dass man zwar seine Geschwister oder Kinder nach Deutschland holen darf. Aber deren Ehepartner oder Kinder dürfen nicht mitkommen.

Für das Visum müssen die Verwandten ihren Pass, ein biometrisches Foto sowie einen Nachweis über den Wohnsitz im Erdbebengebiet und über das Verwandtschaftsverhältnis aus dem offiziellen Melderegister vorlegen. Viele dieser Unterlagen liegen unter Trümmern begraben.

Der Einladende in Deutschland muss sich außerdem schriftlich verpflichten, für alle Kosten – auch die medizinischen – aufzukommen und ein entsprechendes Einkommen nachweisen. Dieser Nachweis soll dann per Post zu den Verwandten ins Erdbebengebiet geschickt werden, die aber meist keine Anschrift mehr haben. Und Menschen in Syrien müssen für das Visum auch noch in die Nachbarländer fahren, weil die deutsche Botschaft in Syrien geschlossen ist.

Unbürokratische und schnelle Hilfe sieht anders aus. Die gibt es von der Regierung nur für Banken und Konzerne.

Kein Bade-Spaß

2022 sind doppelt so viele Menschen beim Baden ertrunken wie ein Jahr zuvor, fast alle in Seen und Flüssen.

Da es immer weniger Freibäder gibt und die immer teurer werden, gehen viele Familien und junge Leute stattdessen im See oder Fluss schwimmen, wo es viel gefährlicher ist.

Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Grundschüler, die nicht schwimmen können, in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat. Weil der Schwimm-Unterricht wegen Lehrermangel ausgefallen ist. Oder weil die Kommunen, um Geld zu sparen, so viele Schwimmbäder geschlossen haben.

Dass Kinder und Jugendliche in diesen Sparmaßnahmen wortwörtlich untergehen, nehmen sie in Kauf.

Bayer düngt seine Preise und seine Gewinne

Der Bayer-Konzern hat seinen Gewinn 2022 vervierfacht – von 1 Milliarde auf 4,15 Milliarden Euro.

Grund für diese Gewinn-Explosion ist, dass die Lebensmittelpreise so stark gestiegen sind – und in der Folge auch die Preise für Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Bayer konnte zu regelrechten Wucherpreisen verkaufen und kräftig daran verdienen – nicht zuletzt am umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat.

Die explodierenden Preise für Saatgut, Dünger und Nahrungsmittel sind eine Katastrophe, insbesondere für die Menschen in Afrika und anderen armen Gegenden der Welt.
Sie bezahlen mit Hungersnöten für diese Entwicklung, während die Bayer-Aktionäre die Korken knallen lassen und sich auch gleich 20% mehr Dividende genehmigen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!